F 5931 E Februar 2/1997

EAK Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

Rückkehr zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft

Dr. Reinhard Göhner

Die Soziale Marktwirtschaft steht für die wirtschafts- und sozialpolitische Erfolge der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte. Ihr Leitbild, wie es von Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und anderen konzipiert und verwirklicht wurde, ist die enge, wechselseitige Verzahnung marktwirtschaftlicher Leistungs- und Wettbewerbsprinzipien auf der einen mit sozialem Ausgleich auf der anderen Seite. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von Armut durch wachsenden Wohlstand für alle auf der Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaftsordnung ist die beste Sozialpolitik.

Je wirkungsvoller der einzelne Bürger im Marktprozeß seine individuellen Fähigkeiten einsetzen und hieraus Einkommen erzielen kann, um so weniger ist er auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen. Selbstverständlich müssen diejenigen, die dies nicht aus eigener Kraft schaffen, auf die solidarische Hilfe der Gemeinschaft vertrauen können. Aber diese muß subsidiär sein und darf nicht die Eigeninitiative hemmen. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft die konsequente Umsetzung der unveräußerlichen und konstitutiven individuellen Freiheit, deren andere Seite stets auch die Eigenverantwortung und damit die „Verpflichtung zur Freiheit“ (Ludwig Erhard) ist.

Höchstmaß an sozialem Ausgleich

Die Soziale Marktwirtschaft ist alles andere als eine „Marktwirtschaft pur“, bei der die Sozialpolitik lediglich auf die Funktion eines Reparaturbetriebs für Notfälle reduziert wird. Im Gegenteil: Durch sozialpolitische Vorkehrungen - insbesondere über die Sozialversicherungen - und auch durch die Ausgestaltung der Tarifautonomie soll bereits im Marktprozeß selbst - und damit bei der Entstehung des Wohlstands - ein Höchstmaß an sozialem Ausgleich vermittelt werden. Entscheidend ist jedoch, daß dies nicht zu einer Nivellierung der Einkommenslagen ohne Bezug zu den individuellen Leistungen führen darf.

Um so weniger sozialpolitische Eingriffe sind nötig, je leistungsfähiger die Wirtschaft ist. Umgekehrt ist eine leistungsfähige Wirtschaft jedoch erst die Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Der Grundsatz muß lauten: „Soviel Markt wie möglich, soviel Sozialpolitik wie nötig!“

Nicht selten wendet sich jedoch der Erfolg einer Idee gegen diese selbst. Im Laufe der Zeit wird dieser Erfolg als selbstverständlich angesehen und geraten seine spezifischen Ursachen aus dem Blickfeld. Dieser Erfahrungssatz gilt auch für das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft: Daß wirtschaftliche Prosperität erstens nicht selbstverständlich ist und sie zweitens erst die Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik ist, wurde in der Öffentlichkeit und vielfach auch in der Politik zunehmend verdrängt bis vergessen.

Statt dessen begab sich die deutsche Gesellschaft kollektiv auf den Weg in den **Versorgungsstaat**, vor dem Ludwig Erhard von Anfang an gewarnt hatte. Obwohl der Wohlstand stetig stieg, wurden - nicht zuletzt im politischen Wettbewerb der Parteien um Wählerstimmen - immer weitere vermeintliche sozialpolitische Notfälle identifiziert, denen durch umfängliche Sozialstaatsregulierung und wachsende Umverteilung begegnet werden sollte.

Spätestens seit Beginn der 70er Jahre übersteigen die **Sozialausgaben** in Deutschland diejenigen Mittel, die für Investitionen in neue Arbeitsplätze ausgegeben werden, permanent und mit steigender Tendenz. Beliefen sich die Sozialversicherungsbeiträge in ihrer Summe 1970 noch auf 26,5 Prozent, erreichen sie Anfang 1997 bereits rd. 42 Prozent.

Themen:

Soziale Marktwirtschaft 4

Familie 6

Lebensformen 9

Melanchthon 11

Daß die Wachstumsdynamik zurückging und die Unternehmen in Deutschland wegen steigender Arbeitskosten Wettbewerbsfähigkeit einbüßten, im Gesamtergebnis die Arbeitslosigkeit immer weiter anstieg, wurde zwar allseits beklagt, die notwendigen Schlüsse wurden jedoch nicht gezogen. Im Gegenteil: Steigende Arbeitslosigkeit wurde nur als der schlagende Beweis für weiteren sozialpolitischen Handlungsbedarf angesehen, dem mit noch mehr Sozialstaatsregulierung und Umverteilung begegnet werden sollte.

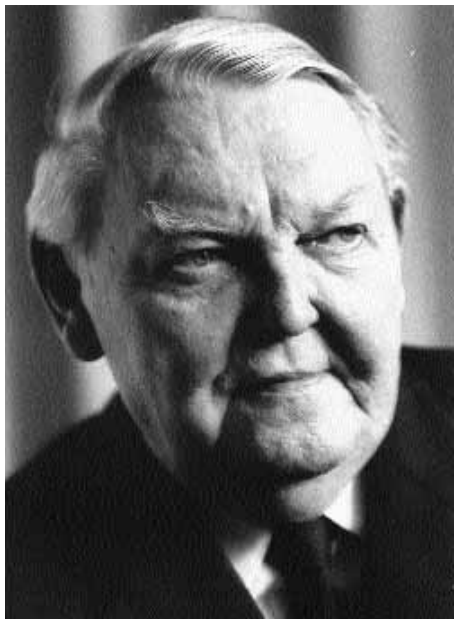
Entwicklung der Sozialpolitik

Gleichzeitig nahm aber auch die Zielgenauigkeit der Sozialpolitik immer weiter ab. Durch den deutschen Hang zu Perfektion und der Suche nach größtmöglicher Einzelfallgerechtigkeit wurden die sozialpolitischen Instrumente so unübersichtlich und komplex, daß diejenigen am meisten davon profitieren, die am „effizientesten“ mit den entsprechenden Vorschriften umgehen können. Das sind nicht unbedingt diejenigen, die auf sozialpolitische Hilfestellungen tatsächlich am meisten angewiesen sind.

In einer Vielzahl von Fällen sind es jeweils die gleichen gesellschaftlichen Gruppen, in der Regel der „gutbürgerliche Mittelstand“, denen aus der einen Tasche das über wachsende Steuer- und Beitragsbelastung gezogen wird, was sie dann vom Versorgungsstaat in die andere Tasche zurückerhalten, allerdings mit immensem bürokratischem Reibungsverlust und der Verschwendung knapper Ressourcen.

Was unter dem Zeichen sozialer Wohltat daherkommt, entpuppt sich, was die tatsächlichen Wirkungen betrifft, häufig als sein Gegenteil. Nach ähnlichem Muster wurden in das deutsche Arbeitsrecht zunehmend Regulierungen eingeführt, die die Arbeitsplatzbesitzer schützen, für die Arbeitsuchenden jedoch häufig eine zusätzliche Beschäftigungshürde darstellen, an der viele scheitern.

Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf der Freiheit des Menschen und vermittelt sie, indem sie ihm die notwendigen **Freiräume zu eigenverantwortlicher Daseinsgestaltung** gibt. Im Zuge



Ludwig Erhard (1897 - 1977)

der skizzierten Entwicklung wurden diese Freiheitsrechte jedoch immer weiter eingegrenzt und einer immer umfassenderen Sozialstaatsbürokratie überantwortet. Je mehr zudem die staatlich organisierte Zwangssolidarität um sich griff, die Steuer- und Beitragsbelastung damit stieg, um so mehr verkümmerte in unserer Gesellschaft die Bereitschaft zu individueller Solidarität und tätiger Nächstenliebe.

Zugleich verfestigte sich über die Jahre hinweg der Irrglaube, daß der Staat für die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig sei und als beschäftigungspolitischer Ausfallbürge einzustehen habe. Bei einer solchen öffentlichen Wahrnehmungslage haben es die Gewerkschaften sehr leicht, eine beschäftigungsfeindliche Tarifpolitik zu Gunsten der Arbeitsplatzbesitzer zu verfolgen. Maximiert werden die Einkommenssituation und die tarifvertraglich festgezurrten Privilegien derjenigen, die über einen Arbeitsplatz verfügen; diejenigen, die im Ergebnis „durch den Rost fallen“, werden den sozialen Sicherungssystemen zugewiesen und zugleich als vermeintlicher Beleg für Versagen der Politik und einen „Caféhaus-Kapitalismus“ der Unternehmer mißbraucht.

Ein Sozialstaat dieser Provenienz schafft sich die Probleme selber, die er durch noch so viel sozialpolitische Vorkehrungen nicht lösen kann, sie im Gegenteil sogar über steigende Sozialkosten noch weiter verschärft. Letztlich kann von niemandem mehr ernsthaft bestritten werden, daß all die sozialpolitischen Versprechungen und Verheißungen, die kurzatmig und unter Mißachtung der wirtschaftlichen Möglichkeiten abgegeben wurden, nicht in Erfüllung gehen können! Nicht nur die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit ist der Offenbarungseid der bisherigen Politik.

Einzelne **Gruppen in unserer Gesellschaft** haben dies noch immer nicht begriffen, fordern den weiteren Ausbau des Versorgungsstaates und malen bereits bei den ersten, noch sehr zurückhaltenden Korrekturmaßnahmen die „Zerstörung“ des Sozialstaats und den Marsch in einen „enthemmten Kapitalismus“ an die Wand. Welche Zerrbilder da der Bevölkerung vermittelt werden sollen, zeigen die aufgeregten Auseinandersetzungen um das aktuelle Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Tatsächlich geht es hierbei um ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt 25 Mrd. DM, von dem mit rd. 18 Mrd. DM sogar nur ein Teil unmittelbaren sozialpolitischen Bezug hat. Zum Vergleich: Insgesamt werden in Deutschland jährlich über 1.100 Mrd. DM für sozialpolitische Zwecke ausgegeben. Das entspricht einem Drittel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung.

Grenzen des Versorgungsstaates

So sehr sich die Realitätsverweigerer auch winden: Spätestens die **Globalisierung** zeigt die Grenzen des bisherigen Versorgungs- und Umverteilungsstaates auf. Die Weltmärkte honorieren keine hehren sozialpolitischen Ziele. Was dort zählt, das sind harte ökonomische Fakten wie - nicht zuletzt - die Arbeitskosten bzw. deren Verhältnis zur Arbeitsproduktivität. Die ungünstige Position der deutschen Wirtschaft im internationalen Lohnstückkostenvergleich belegt, daß wir bei den **Arbeitskosten** rasch und spürbar umsteuern müssen.

Natürlich tragen dabei Tarif- und Sozialpolitik nicht die alleinige Verantwortung für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Das aber kann nicht heißen, daß sie - bzw. diejenigen, die in unserer Gesellschaftsordnung dafür (Mit-)Ver-

antwortung tragen - damit jeglicher Reformanstrengungen enthoben sind. Im Gegenteil: Die deutsche Gesellschaft insgesamt muß sich wieder auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft besinnen, und dort, wo es in den zurückliegenden Jahrzehnten zu offensichtlichen Fehlentwicklungen gekommen ist, müssen die notwendigen tarif- und sozialpolitischen Korrekturen vorgenommen werden.

Für die Tarifpolitik heißt das konkret, daß sie wieder ihrer ureigenen **Verantwortung** auch **für die Arbeitslosen** gerecht werden muß. Ohne lohnpolitische Zurückhaltung über mehrere Jahre hinweg, ohne die Erschließung neuer Niedriglohnbereiche für Menschen mit vergleichsweise geringem Leistungs- und Qualifizierungspotential, ohne eine deutliche Flexibilisierung und Differenzierung der Tarifverträge wird dies nicht gelingen. In den neuen Bundesländern besteht besonders dringender tarifpolitischer Korrekturbedarf.

Verhältnis zwischen Subsidiarität und Solidarität

In der Sozialpolitik muß das Verhältnis zwischen Subsidiarität und Solidarität, zwischen Eigenverantwortung und solidarischer Hilfe der Gesellschaft wieder so ausbalanciert werden, daß es die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Dynamik voranbringt. Das soziale Leistungsniveau, das in den zurückliegenden Jahren entstanden ist, wird sich unter dem Vorzeichen der Globalisierung nicht halten lassen. Entscheidend ist, diese Leistungen auf diejenigen zu konzentrieren, die hierauf tatsächlich angewiesen sind. Angesichts des großen Wohlstands breiter Bevölkerungskreise ist dies sowohl möglich als auch notwendig.

Die Zwänge knapper Kassen sollten deshalb auch als Chance begriffen werden, langjährige Fehlentwicklungen zu korrigieren. Soziale Ordnungspolitik muß in der Sozialen Marktwirtschaft auf die **Stärkung der Eigenverantwortung** zielen. Eine Rückbesinnung auf die Leitprinzipien des Sozialstaats und die Wiederherstellung des Subisidiaritätsprinzips fordert daher auch das Grundsatzprogramm der CDU, wo es heißt: „Es entspricht unserem Verständnis von Solidarität und Subsidiarität, angesichts des gewachsenen Wohlstands die Absicherung von zumutbaren Risiken in die Eigenverantwortung des Einzelnen zu übertragen." (TZ 69).

Der so verstandene Umbau des Sozialstaats ist eine der Kernforderungen des Grundsatzprogramms der CDU: „In den vergangenen Jahrzehnten sind der Gemeinschaft viele Leistungen aufgebürdet worden, die der einzelne heute selbst erledigen kann. Staatliche Sozialleistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden. Deshalb treten wir dafür ein, soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, künftig nur noch einkommens- und vermögensabhängig zu gewähren und im gesamten Bereich der Sozialpolitik stärkere Eigenvorsorge, Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung zu verwirklichen... In diesem Sinne ist nicht der Ausbau, sondern der Umbau des Sozialstaats unsere Aufgabe." (TZ 92)

Und die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft hängt auch von dem möglichst **sorgsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen** ab. Deshalb hat sich das CDU-Grundsatzprogramm die Verwirklichung einer als Einheit zu verstehenden Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft auf die Fahne geschrieben. In dieser Gesellschaftsordnung geht es nicht um einen Wettlauf immer strengerer Grenzwerte, um immer höhere Auflagen oder um immer perfektionistischere Ge- und Verbote. Es geht um eine sachgerechte Integration der Ökologie in die marktwirtschaftlichen Steuerungsprozesse selbst. Das Instrumentarium für eine solche **marktwirtschaftliche Umweltpolitik** ist groß. Es kann und muß die Leistungsfähigkeit, die Erfindungskraft und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft verstärkt in den Dienst auch der Umwelt stellen und die Eigeninitiative zu mehr Naturschonung und Nachhaltigkeit fördern, ohne Wachstum und Beschäftigung aufs Spiel zu setzen.

Die einzige Gewähr für einen auch in Zukunft hohen Lebensstandard und für die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand ist eine leistungs- und wettbewerbsfähige Wirtschaft. Und deswegen brauchen wir die Rückkehr vom Versorgungsstaat zu einer Gesellschaft freier, selbstverantwortlicher, leistungsbereiter und auch in diesem Sinne mündiger Bürger. Wer dieses Erfordernis negiert, ist der wahre Zerstörer des Sozialstaats. ■

Wirtschafts- **und** Sozialpolitik

Wenn wir eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Dauer aufrechterhalten wollen, ist es in der Tat ein Grunderfordernis, neben einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen wieder zu seiner persönlichen Freiheit verholfen hat, auch eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik zu betreiben. Es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem einzelnen überläßt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. Daher ist es notwendig, daß das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenverantwortung soweit wie möglich der Vorrang eingeräumt wird.

(Ludwig Erhard, Januar 1956)

Anm.:
Dr. Reinhard Göhner, MdB,
ist Hauptgeschäftsführer
der Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände.

„Frei und sozial decken sich“ – Krise und Reformperspektiven des Sozialstaates[1]

Traugott Jähnichen

Die Ordnungskonzeption der sozialen Marktwirtschaft definierte Ludwig Erhard dahingehend, „auf dem Boden einer freien Wettbewerbswirtschaft persönliche Freiheit, wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen“[2]. Nachdem sich dieses Modell - so auch das Urteil der EKD-Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ - in den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik prinzipiell bewährt hat[3], steht nun offenkundig eine ernste Bewährungsprobe bevor, wobei insbesondere der die soziale Sicherheit verbürgende Sozialstaat in eine Krise geraten ist.

Die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates

Die Forderung nach einem Umbau des Sozialstaates ist weithin zu einem Gemeinplatz geworden. Vorrangig werden in diesem Zusammenhang die Schwierigkeiten der Finanzierbarkeit der Systeme sozialer Sicherung erörtert, da sich angesichts eines verschärfenden internationalen Wettbewerbs die in Deutschland relativ hohen Sozialkosten zunehmend als wirtschaftlich problematisch erweisen. Darüber hinaus sind aber auch prinzipiellere Anfragen an das Sozialstaatsmodell zu bedenken.

Angesichts der in der Öffentlichkeit häufig recht massiv vorgetragenen Kritik des Sozialstaates sollten dessen nach wie vor beeindruckende Leistungen nicht durch eine pauschale Krisendiagnose verdeckt werden.

So hat sich z.B. das **Instrument der Sozialhilfe** in Deutschland angesichts der tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Wandlungsprozesse, die zu einer beträchtlichen Erhöhung des Armutsrisikos geführt haben, weitgehend bewährt. Eine Längsschnittuntersuchung an der Universität Bremen von 1984 bis 1992 hat ergeben, daß mehr als ein Drittel der Bremer Bevölkerung zumindest zeitweise von Armut betroffen und auf die Sozialhilfe angewiesen gewesen ist, die große Mehrzahl allerdings nur für einen relativ kurzen Zeitraum.[4] Somit scheint jedenfalls die Sozialhilfe weithin zu funktionieren und viele Menschen über dramatische Lebenskrisen hinwegzutragen und ihnen einen Neustart in das bürgerliche Leben zu ermöglichen.

Als weiteres Beispiel ist der Prozeß der **Einführung des bundesdeutschen Sozialsystems in den neuen Ländern** zu nennen, der in der Öffentlichkeit kaum gewürdigt, mancherorts sogar kritisch kommentiert wird. Obwohl die Regelung und Finanzierung der Sozialtransfers praktisch vom Nullpunkt aus aufgebaut werden mußten, hat das bundesdeutsche Sozialsystem die Integration der jeweils Anspruchsberechtigten aus den neuen Ländern ohne größere Friktionen bewältigt. Auf diese Weise konnte gerade für die in der vormaligen DDR sozial schwächsten Gruppen - viele Rentner, chronisch Kranke und Behinderte - eine entscheidende Verbesserung ihrer Lebensumstände und eine relative Angleichung an westdeutsche Lebensverhältnisse erreicht werden.

Die Kostenkrise des Sozialstaates

Wenn sich das Sozialsystem in grundlegenden Umbrüchen und angesichts tiefgreifender Lebenskrisen von einzelnen im wesentlichen bewährt hat, sollten die Probleme des Kostendrucks nicht das Bild einer generellen Krise des Sozialsystems hervorrufen. Statt dessen signalisiert dieser Befund vielmehr die Notwendigkeit eines stabilen, verläßlichen Systems sozialer Sicherheit.

Die vielfach beschworene Krise des Sozialstaates ist somit weniger eine Krise seiner Institutionen, sondern vorrangig eine Kostenkrise. Diese kann durch den Verweis auf externe wie auch auf interne Bedingungen des Sozialsystems zurückgeführt werden. Da Erwerbsarbeit nach wie vor die Grundlage des bürgerlichen Lebens in einer sozialstaatlichen Demokratie ist, bedeutet Massen- bzw. Dauerarbeitslosigkeit eine tiefe Krise der gesellschaftlichen Ordnung wie auch des Sozialsystems, da in wirtschaftlichen Umbruch- und Krisenzeiten die **Sozialleistungsquote** und damit die gesamte Staatsausgabenquote antizyklisch **ansteigt**, so daß für das Sozialsystem tendentiell ein immer größerer Betrag des Bruttosozialprodukts benötigt wird.

Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren soziale Dienste, aber auch die Bereiche Bildung und Gesundheit, vergleichsweise teurer geworden sind, da hier die in der Industrie und im gewerblichen Dienstleistungssektor greifenden Rationalisierungsmaßnahmen weniger und oft nur sehr begrenzt greifen können. Somit steigen die Kosten dieser Dienstleistungen vergleichsweise an und fallen folglich in den volkswirtschaftlichen Rechnungen um so mehr ins Gewicht.

Neben diesen strukturellen Gründen sind aber auch verschiedene interne Widersprüchlichkeiten des Systems sozialer Sicherung zu benennen. Das wesentliche Problem besteht diesbezüglich wohl darin, daß „**Rechte und Pflichten entkoppelt** sind, und daß für den einzelnen der Anreiz zur Leistungsbeanspruchung größer ist als der Anreiz, zur Leistungserfüllung beizutragen.“[5]

Das bundesdeutsche Sozial- und Rentenversicherungssystem hat die Anspruchsrechte ständig ausgeweitet, ohne daß die Anreize in einer vergleichbaren Weise gewachsen wären. So spielt das individuelle Eingehen von Gesundheitsrisiken keine Rolle im Blick auf den Krankenversicherungsbeitrag, die Höhe der Rentenansprüche ist immer noch unabhängig davon, ob bzw. wieviele Kinder der Betreffende hat. Wenn sich zudem bei den einzelnen eine Verhaltenseinstellung durchzusetzen beginnt, möglichst viel aus den Leistungen des Solidarsystems herauszuholen, läßt sich „die Selbstzerstörung eines sozialen Sicherungssystems“[6] kaum aufhalten.

Aufgrund der extern wie der intern begründeten Problemlagen des Sozialsystems, die sich durch die wirtschaftliche Krise noch erheblich verschärfen, ist das Kostenproblem der Sozialleistungen zu einem Dauerthema geworden, das nach konstruktiven Lösungsperspektiven verlangt.

Um die Leistungen des Sozialsystems verläßlich und dauerhaft zu sichern, sind angesichts der aufgezeigten Problemlagen finanzielle Konsolidierungen unumgänglich. Dabei ist in gewissen Grenzen eine Einschränkung von Leistungen - etwa bei bestimmten Formen von Überversorgungen, wie sie auch der Diskussionsentwurf der Kirchen zu einem „Gemeinsamen Wort" benennt[7] - unausweichlich. Andererseits bestehen verschiedene gravierende sozialstaatliche Defizite - vor allem das **„Armutsrisiko: Kinder"** -, die dringend zu beheben sind.

Zukunftsweisender als bloße Spar- und Kürzungsversuche, denen sogar einige notwendige Ausweitungen von Sozialausgaben entgegenstehen, dürften somit strukturelle Veränderungen des Sozialsystems sein. Um die Entkoppelung von Rechten und Pflichten wieder schrittweise aufzuheben, ist die **Einführung von Risikoklassen** unausweichlich. Wo diese - so bei chronisch Kranken oder Behinderten - zu einer unvertretbaren Mehrbelastung von ohnehin sozial Schwachen führen, muß diese Konsequenz durch andere verteilungspolitische Instrumente ausgeglichen werden.

Des weiteren muß - trotz der bisher eher negativen Bewertung konkreter Vorschläge - zu sozialpolitischen Innovationen ermutigt werden. Modelle der negativen Einkommenssteuer[8] oder Versuche, die Grenzen zwischen der Erwerbsarbeit und gesellschaftlich notwendigen Formen der Zivilarbeit aufzulockern[9], sind zumeist noch zu wenig ausgereift, sollten jedoch weiter verfolgt werden.

Ungeachtet aller Konsolidierungs- und Reformbemühungen wird es wohl weitere gesellschaftliche Konflikte um das Niveau sozialer Sicherungen geben. Neben innovativen sozialpolitischen Instrumenten wird es für die Zukunft daher nicht zuletzt auf die Beantwortung der Frage ankommen, wie ein Sozialstaat beschaffen sein muß, der „die gesellschaftlichen Reserven an Solidarität nicht einfach voraussetzt und verbraucht, sondern sie immer wieder erneuert?"[10]

Die Kirchen haben seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts den Sozialstaat als notwendiges Korrektiv zur Marktallokation eingefordert und mit ausgestaltet. Dabei hat insbesondere der Protestantismus[11] vor dem Hintergrund seiner sozialethischen Traditionen den Staat stets qualifiziert als Kultur- und auch als Sozialstaat verstanden. In dieser Perspektive kommt es - so die zum Thema immer noch grundlegende EKD-Denkschrift „**Die soziale Sicherung im Industriezeitalter**" aus dem Jahr 1973 - darauf an, daß grundlegend „eine Gesamtordnung der sozialen Sicherung von der Gesellschaft geschaffen werden muß ... Die wirtschaftliche Absicherung der großen Lebensrisiken ... sowie die Altersversorgung und zusätzliche Kosten für die längere Ausbildung von Kindern gehören heute in grundlegender Weise in die Verantwortung der Gesellschaft."[12] Dementsprechend versteht es die evangelische Kirche als ihre Aufgabe, den Anliegen und Bedürfnissen der sozial Benachteiligten ein Forum zu verschaffen und für die Sicherung bzw. auch für den Ausbau des Sozialsystems einzutreten.

Dieser Haltung wird man, insbesondere wenn sie sich auf die „Stärkung der Kernfunktionen des Sozialstaates, Schutz der Bedürftigen und der von Verarmung unmittelbar Bedrohten"[13] bezieht, eine sozialethische Priorität nicht absprechen können. Allerdings ist diese Sichtweise - insbesondere von der evangelischen Kirche mehr als bisher - komplementär durch den Gedanken einer Stärkung der Eigenverantwortung zu ergänzen. Andernfalls schreitet die „Selbstentmächtigung der klassischen Träger der Solidarität"[14] - auch die der Kirchen - voran.

Woche der Brüderlichkeit

Werbung für mehr Toleranz und Mitmenschlichkeit, das ist Ziel der „Woche der Brüderlichkeit". Sie findet jährlich in der ersten Märzwoche statt. Veranstalter sind die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Hans Koschnick, früherer Bremer Bürgermeister und Administrator der Europäischen Union in Mostar, erhält die Buber-Rosenzweig-Medaille 1997. Er habe, so die Begründung, „das Engagement von Juden, Muslimen und Christen gefördert, das auf ein gegenwärtiges Überleben und ein zukünftiges gemeinsames Leben" ausgerichtet sei. Die Medaille wird im Rahmen der zentralen Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit am *9. März 1997* in Paderborn überreicht.

Allein ein Ethos der Selbstverantwortung, das Menschen intrinsisch zur Eigeninitiative motiviert, kann eine Überbeanspruchung des Sozialsystems, welche diejenigen, die sich selber nicht helfen können, am härtesten trifft, verhindern. Neben der sozialethischen Würdigung des Sozialstaatsgedankens dürfte es angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen eine vorrangige Aufgabe gerade auch der Kirchen sein, dieses Ethos nachhaltig zu stärken.

Die Betonung eines engen Zusammenhanges von Selbstverantwortung und sozialstaatlicher Absicherung der großen Lebensrisiken kann schließlich **Raum für personale Verantwortung und individuelle Hilfsbereitschaft** eröffnen, denen ein „zentraler Platz in Erziehung und Bildung"[15] einzuräumen ist.

Selbstverantwortung und die gesellschaftliche **Absicherung von Grundrisiken** sollten somit nicht als Gegensatzpaar, sondern eher als herausfordernde Variation der Erhardschen These „frei und sozial decken sich" verstanden werden. Die spannungsvolle Einheit dieser Wertvorstellungen in der Öffentlichkeit überzeugend zu vertreten

und in diesem Geist Reformmaßnahmen ins Werk zu setzen, wird ein entscheidender Beitrag zur Konsolidierung des Sozialstaates sein. ■

1. L. Erhard, Wirken und Reden, hg. von W. Hoch, Ludwigsburg 1966, S. 592.

2. L. Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Der Weg der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/ Wien/Frankfurt 1962, S. 156.

3. Vgl. die EKD-Wirtschaftsdenkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz", Gütersloh 1993, Ziffer 66, vgl. auch Ziffer 172.

4. Vgl. S. Leibfried/ L. Leisering, Armutsrisiken in Deutschland, Frankfurt 1995.

5. H. Sautter, Solidarität durch ökonomische Rationalität. Die Herausforderung der Kirchen durch die Krise des Sozialstaates, in: Zeitschrift für evangelische Ethik (ZEE), 40. Jg. (1996), S. 255.

6. H. Sautter, a.a.O., S. 256.

7. Vgl. „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland." Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen, hg. vom Kirchenamt der EKD und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover/Bonn 1994, Ziffer 67.

8. Vgl. H. Sautter, a.a.O., S. 260f.

9. Vgl. H. Ruh, Arbeitsmarkt und Sozialstaat, in: ZEE 3/1996, S. 205ff.

10. W. Dettling, Die Selbstentmächtigung der Solidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 11-12/1996, S. 788.

11. Vgl. Protestantische Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband, hg. von G. Brakelmann und T. Jähnichen, Gütersloh 1994.

12. So die EKD-Denkschrift „Die soziale Sicherung im Industriezeitalter" (1973), in: Die Denkschriften der EKD. Soziale Ordnung. Bd. 2, Gütersloh 1978, Ziffer 16. Diese Überlegung bedeutet - in Abgrenzung zur katholischen Soziallehre - „eine Umkehr der herkömmlichen Rangfolge bei der Anwendung der Subsidiarität. Zuerst müssen die großen sozialen Krisen gesellschaftlich abgesichert werden." (A.a.O., Ziffer 17).

13. H. Sautter, a.a.O., S. 263.

14. W. Dettling, a.a.O., S. 785.

15. Die soziale Sicherung im Industriezeitalter, a.a.O., Ziffer 20.

Anm.:
Dr. Traugott Jänichen ist Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum.

„Anpassung an den Zeitgeist – Auslaufmodell Familie?"

Dieter Hackler

Für den Zeitgeist steht längst fest: Die Familie ist ein Auslaufmodell. Hohe Scheidungsraten, fehlende Bindungsbereitschaft und Bindungsfähigkeit, sinkende Geburtenrate werden gespiegelt und focussiert und scheinen diese These eindeutig zu bestätigen. Allerdings drängt sich die Frage auf, ob Zeitgeist wirklich ausschließlich vom Lebensgefühl und der persönlichen Wahrnehmung von Journalisten geprägt werden kann und darf.

Richtig ist: der demographische Wandel stellt die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland schon heute vor erhebliche Probleme, die erst recht für die Zukunft vieles, was für uns unverzichtbar und selbstverständlich ist, in Frage stellen können. Aber ist wirklich alles so eindeutig? Ist die Familie tatsächlich ein Auslaufmodell? Und wenn das so sein sollte, was tritt an die Stelle der Familie, können wir uns ein Auslaufmodell Familie überhaupt leisten?

Allen Zeitgeisteinflüsterungen zum Trotz: Ehe und Familie erfreuen sich höchster Popularität. Die neuesten statistischen Erhebungen zur Familie belegen dies eindeutig. Ehe und Familie bestimmen auch an der Schwelle zum dritten Jahrtausend das künftige Bild unserer Gesellschaft. 85 % aller Erstpartnerschaften mit getrennten Haushalten münden in der Ehe!

Natürlich haben viele zumindest im Bekanntenkreis die meist schmerzlichen Erfahrungen einer Ehescheidung schon miterlebt, manchmal fühlt man sich förmlich von Ehescheidungen verfolgt und fragt sich, ob man selbst denn alles richtig macht, weil man selbst noch nicht geschieden ist. Daher eine ermutigende Zahl für alle, die an Ehe und Familie festhalten wollen. 80 % der Ehen werden auch heute bis zum Tod durchgehalten. Selbst in dem durchaus regierungskritischen Wort der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland heißt es in Absatz 55: „Trotz der Zunahme von anderen Formen der Partnerschaft bilden Ehe und Familie in Deutschland nach wie vor die ganz überwiegend bevorzugte Lebensform; über 80 % der Kinder wachsen bei ihren beiden miteinander verheirateten Eltern auf."

Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Sie sind dennoch kein Anlaß, sich beruhigt zurückzulehnen. Aber sie zeigen zumindest auf: Die Kurzformel, jede dritte Ehe werde geschieden, hat - vorsichtig ausgedrückt - eine gewisse Unschärfe. Denn hier werden Eheschließungszahlen und Ehescheidungszahlen eines Jahres ins Verhältnis gesetzt. Diese Zahlen sagen primär etwas darüber aus, daß die Zahl der Eheschließungen außerordentlich gering ist, weniger über die Zahl der Ehescheidungen. Daß die Zahl der Eheschließungen relativ gering ist, hängt in hohem Maße mit dem **demographischen Wandel** zusammen. Die Jahrgangsstärkezahlen haben sich zwischen 1966 und 1974 fast halbiert. Eine wesentliche Ursache dafür war die Einführung der Pille.

Die Emanzipationsbewegung

In diesem Zusammenhang spielen die gesellschaftspolitischen Veränderungen der sogenannten **68er-Bewegung** eine große Rolle. Es beginnt der Siegeszug der Emanzipationsbewegung, die ein hohes Maß an Autonomiestreben mit sich brachte. Die Selbstverwirklichung wurde zum Stichwort, um Individualisierung zu fördern. Die persönliche Freiheit wurde stärker gewichtet als die persönliche Verantwortung, besonders die konkrete Verantwortung für den anderen Menschen und den Lebenspartner bzw. die Lebenspartnerin.

Die Individualisierung mit ihrer Lösung aus Bindung und Verbindlichkeit hat als Kehrseite die Kollektivierung der Verantwortlichkeit. „Die Individualisierung ist eigentlich ein Kollektivierungsprozeß“, so formulierte Prof. Karl-Otto Hondrich Mitte Oktober auf dem Deutschen Soziologentag in Dresden. Durch massenhaft praktizierte Individualisierung entstehen neue Zwänge und neue Erzwingungsmuster. Wer aus persönlichen Bindungen und Verantwortlichkeiten herausfällt, muß durch staatliche Maßnahmen aufgefangen werden. Diese Auffangmöglichkeit stößt aber nicht nur an finanzielle Grenzen. Wer soll in Zukunft wen und weshalb persönlich auffangen?

Ich will nicht unser liberales Scheidungsrecht kritisieren, aber doch darauf hinweisen, daß wir die Scheidungsfolgen nicht immer genügend im Blick haben. Prof. Hondrich machte in Dresden darauf aufmerksam, daß die Rechtsprechung bei der Scheidung denjenigen begünstigt, der die Scheidung will. Was sich dabei herausbildete, sei nicht die Freiheit beider beteiligter Individuen, sondern die Übermacht des einen über den anderen. Was wirklich entsteht, ist für den einen der Zwang, nicht mehr wählen zu können.

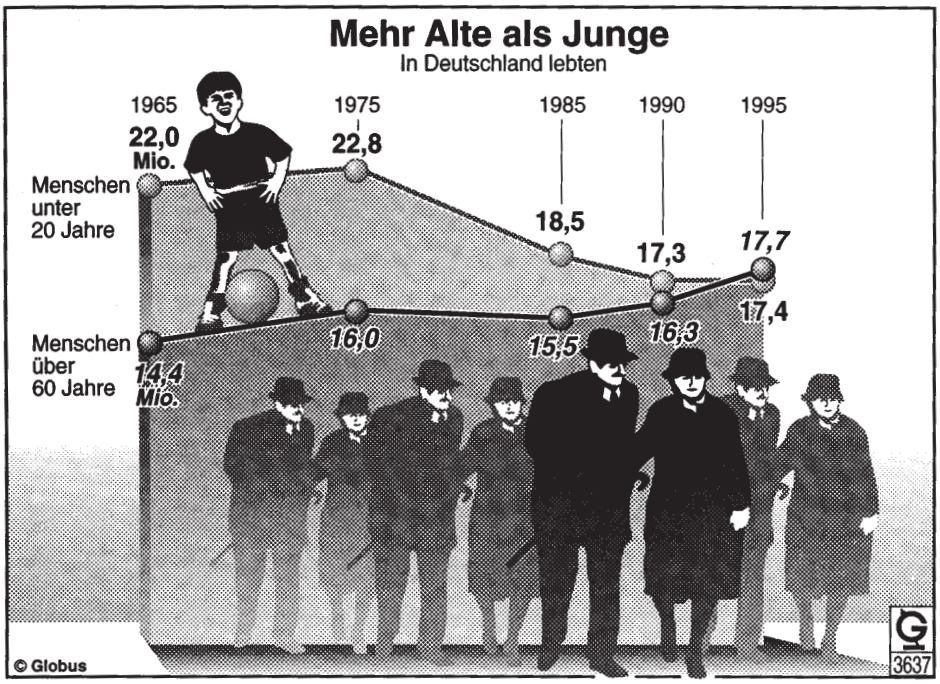
Bis zum Ende der sechziger Jahre bewegte sich das gesellschaftliche Leben in Deutschland in berechenbaren Bahnen, weil tradierte Rollenzuweisungen übernommen und angenommen wurden.

- Die Mehrheit der Frauen und Männer heiratete und gründetet Familien: Kinder gehörten mit einer großen Selbstverständlichkeit dazu und wurden durchaus noch als Garanten der persönlichen Sicherung gesehen.

- Der Lebensunterhalt wurde zumindest überwiegend durch die Arbeit des Mannes gesichert. Die Arbeit der Frau lag im Haus, bei der Erziehung der Kinder und gegebenenfalls in der Versorgung der älteren Familienmitglieder.

Vielfalt individueller Lebensentwürfe

Bis Ende der sechziger Jahre fügte man sich ziemlich selbstverständlich in diese Rollen. Seitdem zeichnet sich unser gesellschaftliches Leben durch eine Vielfalt individueller Lebensentwürfe aus. Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zunahme akademischer Ausbildung auch und gerade unter Frauen. Die **längere Ausbildungsdauer** der akademischen Ausbildung führt einerseits zu wesentlich späterer Eheschließung und fördert andererseits auch den verständlichen Wunsch, den erlernten Beruf wenigstens einige Zeit auszuüben. Mich erfüllt mit Sorge, daß diese Vielfalt zu Lasten einer gerechten Verteilung von Rechten und Pflichten geht.



Wir haben immer mehr Singles, die Zahl der unverheiratet miteinander Lebenden wächst wie die Zahl der **Patchwork-Familien** (meine Kinder, deine Kinder, unsere Kinder). Dazu kommt der Wunsch, ehemals auf mehrere Personen verteilte Aufgaben auch alleine zu meistern. Das mag in vielen Fällen gut gehen, meistens aber nur dann, wenn staatliche Hilfen in Anspruch genommen werden können.

Darüber gerät in Vergessenheit, was in **Artikel 6 GG** steht: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Trotz eines größeren Freizeitumfangs fällt es zunehmend auf, daß die Aufgabe der Erziehung, das Elternrecht immer weniger intensiv genutzt wird. Alles, was die Aufgabe abnimmt, wird mit Wohlwollen aufgesogen. Die Zuwendung, die unsere Kinder erhalten, bestimmt über unsere Zukunft. Wir streben aber eher nach Versorgung und Betreuung unserer Kinder, dazu noch durch Dritte, anstatt die Aufgabe höchstpersönlich wahrzunehmen.

Wert der Gemeinschaft

Wir verkennen dabei, daß die Familie der zentrale Ort ist, an dem die personale Entfaltung von Kindern geschieht, soziale Verantwortung und Solidarität grundgelegt, gelehrt und gelernt sowie Erfahrungen und Traditionen weitergegeben werden. In der Familie in erster Linie erlernen die Menschen soziale Verantwortung und solidarisches Verhalten. In der Familie vor allem erfahren sie den Wert der Gemeinschaft und lernen Liebe und Vertrauen kennen. Die Familie sichert Zukunft und Humanität unserer Gesellschaft.

Die Familie ist das **gesellschaftliche Lernfeld** schlechthin. Hier wird Demokratie und Verantwortung eingeübt. Ich glaube nicht, daß der Wert der Familie in unserer Gesellschaft in dieser Weise bewußt ist. Familie ist gerade durch die Diskussion der materiellen und monetären Aspekte der Familien-

politik um Familienleistungsausgleich und Kindergelderhöhung, sowie der Sicherung des Rechtsanspruchs auf den Kindergartenplatz viel zu sehr unter sozialpolitischen Aspekten diskutiert worden.

Familienpolitik ist aber in erster Linie **Gesellschaftspolitik**. Das heißt: Der Staat ist gefordert, alles zu tun, damit die Familie ihre staatstragende Rolle erfüllen kann. Dabei gilt: Familie ist Aufgabe der Familie. Die Aufgaben und die Leistungen der Familie für unser Gemeinwesen müssen in den Vordergrund gerückt werden.

Ich will keineswegs ein Klagelied über den Erziehungsschwund in den Familien und das Fehlen von Erziehungskompetenz und Erziehungszielen anstimmen. Ich will auch nicht behaupten, daß den Eltern eigene Karriere- und Wohlstandswünsche wichtiger sind als die Sorge für die seelische und geistige Entwicklung ihrer Kinder. Ich will auch nicht von Kindern als Erziehungswaisen oder Orientierungswaisen sprechen, die haltlos von Einflüssen der Umwelt hin- und hergerissen werden. Im Gegenteil.

Gesellschaftliche Einschätzung

Aber vor solchen Tendenzen können wir die Augen nicht verschließen. Auch die von vielen Seiten begrüßte offenere und partnerschaftliche Erziehung will ich nicht ablehnen. Aber auch hier gilt es, die Gründe zu erforschen und die Folgen zu bedenken.

Mit Sicherheit sind die Reibungen im Elternhaus geringer geworden. Zumindest kann ihnen eher ausgewichen werden als früher. Das ist aber noch kein Hinweis auf das Gelingen von Erziehung. Ich gehe davon aus, daß wir in der Gesellschaft im Interesse unsere Kinder und ihrer Zukunft eine intensive **Diskussion zum Thema Erziehung brauchen**.

Bei allen Diskussionen und Bewertungen über die Familie spielt das Familienbild eine entscheidende Rolle. Was gehört zu einer Familie? Welche Aufgaben hat die Familie?

Wichtig ist mir, daß jeder sich über sein Vorverständnis aufklärt. Ich unterscheide gerne zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Idealfall und Realitätsfall. Leider wird diese Unterscheidung zu selten vorgenommen. Dies hat Folgen für die Familie und ihre gesellschaftliche Einschätzung.

Viele Ehen und Familien haben gerade damit Schwierigkeiten bis zum Scheitern der Ehe, daß die Ehe zu idealistisch gesehen wird. Damit wird Enttäuschung vorprogrammiert. Auf schöne Träume folgt oft ein böses Erwachen. Auch die Familienidylle, die uns via Bildschirm in die Wohnzimmer flimmert, hat mit den Strapazen und Spannungen und den Anforderungen, die Familie und Erziehung mit sich bringen, wenig zu tun.

Natürlich will ich die Glücksphasen von Ehe und Familie mit Jubel, Trubel, Heiterkeit, mit Trost und Zuwendung, mit Geborgenheit und Liebe nicht unterschlagen. Sie gehören ganz selbstverständlich dazu.

Anerkennung der Gesellschaft

Was wir aber brauchen ist ein **realistisches Bild von Ehe und Familie**, an dem sich unsere Gesellschaft und unsere junge Generation orientieren kann. Zu diesem Bild gehören aber eben auch Spannungen, Konflikte, Streß und Terminkollisionen. All das muß ausgehalten und ausgetragen werden.

Daraus erwächst dann auch die Erkenntnis und die Anerkennung: Familie ist ein „Fulltimejob" für Väter und Mütter. Familie ist mehr noch als ein Beruf, zumindest aber ein Beruf mit enormer Vielseitigkeit.

Ich bin davon überzeugt, daß der Reichtum der Familie (den Kinder, aber auch das Zusammenleben von Generationen bedeuten) immer dafür sorgen wird, daß Familie Zukunft hat, weil sie fasziniert und menschliche und menschenwürdiges Miteinander ermöglicht und sichert. Dennoch sollten wir nicht so sehr darauf vertrauen, daß die Familie ein Selbstläufer ist. Sie braucht die Anerkennung der Gesellschaft. Die Leistungen der Familie bedürfen einer angemessenen auch finanziellen **Würdigung in Staat, Kirche und Gesellschaft**.

Demographischer Wandel

Der demographische Wandel stellt uns vor gewaltige Herausforderungen. Er zeigt, daß eine ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedachte Lebensweise - die Freiheit immer nur für sich sieht und in Anspruch nimmt, die vergißt, daß zu einer extensiv gelebten Individualität auch die Solidarität in gleicher Intensität gehört - nicht ohne Folgen für das staatliche und gesellschaftliche Miteinander bleibt.

Es bleibt eine Menge zu tun. Aber die gemeinsame Anstrengung liegt im gemeinsam Interesse. Sie sichert unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. ■

Anm.:
Dieter Hackler ist der Zivildienstbeauftragte der Bundesregierung und stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender.

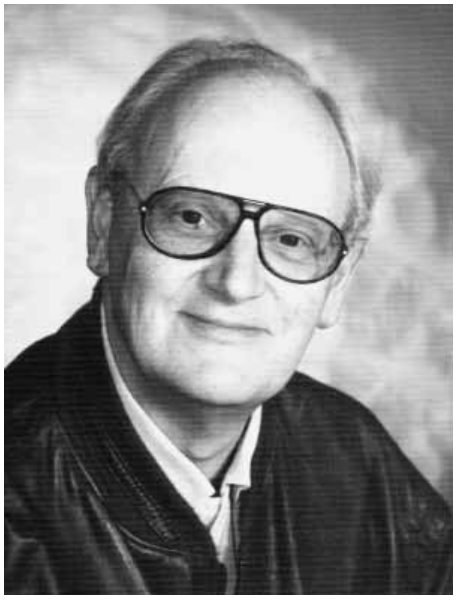
Ein modernes Verständnis von Partnerschaft, Liebe oder Ehe?

Wilhelm Drühe

Nachdem die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland am 10. Januar 1996 in Bad Neuenahr zwei Ausarbeitungen des Ständigen Theologischen Ausschusses entgegengenommen hatte und der Kirchenleitung den Auftrag erteilt hatte, diese Ausarbeitungen an die Kirchenkreise und Kirchengemeinden als „Diskussionspapier" weiterzuleiten, begann eine intensive Auseinandersetzung.

Zwei Themenkreise wurden zur Diskussion gestellt: **„Sexualität und Lebensformen"** und **„Trauung und Segnung"**. Bis Juni 1998 sollen die Rückmeldungen an das Landeskirchenamt erfolgen. Nicht zu übersehen ist, daß es innerhalb der Landeskirche zu erbitternden Auseinandersetzungen gekommen ist. So beantragte ein Presbyter bei der Kirchenleitung ein Dienstaufsichts- und Lehrbeanstandungsverfahren gegen den inzwischen verstorbenen Präses Peter Beier, weil dieser nicht über die „rechte Verkündigung des Evangeliums" wache. Letztlich geht es also um ein verschiedenes Kirchenverständnis.

Bereits 1992 hatte sich die Rheinische Synode ausführlich mit dem Thema **„Homosexuelle Liebe"** beschäftigt. Damals ging ein Arbeitspapier an die Kirchenkreis und Kirchengemeinden mit folgenden Feststellungen: 1) Es gibt Homosexualität, die anlagebedingt ist, also konstitutionell. Eine Therapie ist weder möglich noch nötig. 2) In den biblischen Zeugnissen gibt es eine deutliche Ablehnung und Verurteilung von Homosexualität. Anlagebedingte Homosexualität ist davon nicht betroffen, da sie in ihrer Besonderheit nicht bekannt war. 3) Im Unterschied zu homosexueller Liebe, die Gott verachtet und Menschen entwürdigt, gibt es homosexuelle Liebe, die sich in partnerschaftliche Treueverhältnissen gestaltet und den Segen der Kirche sucht. „Wir sollten homosexuell lebende und



Wilhelm Drühe: Rechtsform der Ehe das Ergebnis einer Kulturentwicklung?

liebende Menschen in unseren Gemeinden nicht länger übersehen." 4) Neben Ehe und Ehelosigkeit könnte auch konstitutionelle Homosexualität Ausgangspunkt für gelebte Nachfolge sein.

Heirat und Ehe

Diese Vorlage wurde mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen innerhalb der Rheinischen Kirche behandelt, zeigte aber zwei Schwachstellen, auf die Präses Beier damals m.W. schon deutlich hingewiesen hatte: Der größere Rahmen der Sexualität und der kirchlichen Segenshandlungen muß behandelt werden. Bei letzterem geht es dann um die kirchliche Trauung.

Das neue Diskussionspapier erklärt nun, daß sich das „moderne Verständnis von Partnerschaft, Liebe oder Ehe" nicht in der Bibel wiederfinden läßt. Das heutige **Eheverständnis** habe sich erst im letzten Jahrhundert entwickelt, weder im Hebräischen noch im Griechischen gäbe es ein Wort für „Ehe". Durch die Heirat würde in der Bibel nicht „eine Ehe geschlossen", sondern eine Wirtschaftsgemeinschaft „Haus" gegründet oder um eine weitere Frau erweitert.

Eine jüdische Lehrtradition bringt - so das Diskussionspapier - das jüdische und das ihm folgende neutestamentliche Verständnis auf den Punkt: „Durch drei Dinge wird die Hochzeit vollzogen: Geld, Urkunde, Beischlaf". Es gehe um eine privatrechtliche Angelegenheit, öffentlich wird die Heirat durch das Fest.

Ergänzt werden muß noch die Feststellung: „Jedenfalls wird die Vielehe an keiner Stelle des Neuen Testaments kritisiert, verboten oder ausgeschlossen." Das Ergebnis: „Der Versuchung, das jeweils eigene Eheverständnis in der Bibel wiederzufinden, ist zu widerstehen." Die Folgerung aus dieser Grundsatzentscheidung ist sicher, daß Sexualität nicht auf das Verhältnis von Mann und Frau beschränkt werden kann und darf. Vielmehr gibt es eine gleiche Wertigkeit mit der homosexuellen Partnerschaft. Beides kann von der Bibel her nicht entschieden werden. Wie das „Diskussionspapier" argumentiert, das kann an der Feststellung abgelesen werden, daß Jesu Verbot der Ehescheidung aus dem Zusammenhang als „Jesu Kritik patriarchalischer Herrschaft" zu deuten ist, nicht jedoch als Aussage über den Charakter der Ehe.

Die entscheidende Aussage in diesem Abschnitt ist die Feststellung, daß die heutige **Rechtsform der Ehe** das „Ergebnis einer (christlich geprägten) Kulturentwicklung" ist. Sie hoch zu schätzen und im Rahmen staatlicher und kirchlicher Lebensordnungen zu schützen, dafür gäbe es gute Gründe. „Aber die Behauptung, daß die Ehe eine „göttliche Stiftung" oder eine „Schöpfungsordnung" sei, hält der Prüfung an biblischen Texten nicht stand. Und deshalb kann auch für evangelische Ethik die Lebensform Ehe nicht die einzige sein, in der Sexualität gelebt werden darf".

Kirchliche Segenshandlungen

In der zweiten Ausarbeitung geht es um kirchliche Segenshandlungen, die als „Schwellenriten" in die Gottesdienste aufgenommen worden sind. Mit Berufung auf die Heilige Schrift haben die Reformatoren den Sakramentscharakter der

Trauung abgelehnt. Sie dürfe nicht vor dem Altar, sondern „vor der Kirchentür geschlossen werden“ als ein „äußerlich weltlich Ding“ (so Martin Luther). Als „mögliche“ Folgerung daraus wird genannt, daß sie nicht mehr als Amtshandlung verstanden werden soll, weil sie ja auch kein Rechtsakt ist. „Der **kirchliche Traugottesdienst** ist ein Element des Gesamtrituals „Hochzeit“...“: also angesiedelt zwischen Polterabend und Hochzeitsreise, möglichst gefeiert im Regelgottesdienst der Gemeinde. „Als Schwellenritus unterscheidet die Segnung eines Ehepaares sich kaum von der Segnung des Paares in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft.“ Gibt es aber kein grundsätzliches Verbot homosexueller Praxis und wird ein Konsens über eine positive ethische Bewertung von homosexueller Liebe erreicht, dann „kann dem Wunsch eines gleichgeschlechtlichen Paares nach Segnung im öffentlichen Gottesdienst entsprochen werden.“

Wohin führt die **Entwicklung in unserer evangelische Kirche** auf dem Hintergrund dieser Diskussion? Dazu einige Fragen:

1) Geht es wirklich noch um eine Diskussion, an deren Ende verschiedene Möglichkeiten stehen können - oder sind nicht die entscheidenden Weichen längst schon gestellt?

2) Haben wir nicht eine geteilte Kirche mit einem Teil, der sich der Tradition verpflichtet fühlt, und einem progressiven Teil, - ohne daß es eine Vermittlung zwischen beiden geben kann?

3) Wie steht diese progressive evangelische Kirche zu der Entwicklung einer Gesellschaft, in der die Ehe und Familie mit Kindern nur noch eine Form des Zusammenlebens ist - und dies mit abnehmender Akzeptanz und geringer werdender Legitimation?

4) Führt die weitergehende Säkularisierung der biblischen Grundlage nicht zu einer Auflösung der früheren Theologie hin zu einer Form der Sozialwissenschaft, die auf religiöse Legitimation verzichten kann - und ist damit das in der Diskussion Angestrebte nicht deutliches Anzeichen für eine nach-christliche Kirche?

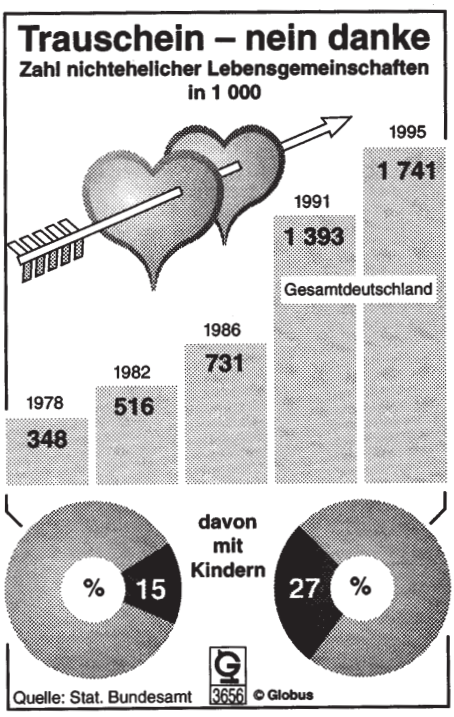
5) Fühlen sich nicht viele Menschen, die der Kirche verbunden sind, von dieser betrogen und nicht über die wirklichen Hintergründe kirchlichen Handelns aufgeklärt?

6) Wann wird die **rheinische Kirchenordnung** umgeschrieben, in der es heute noch heißt: „Die Trauung ist eine gottesdienstliche Handlung, in der dem Brautpaar auf Grund des Wortes Gottes bezeugt wird, daß der Ehebund von Gott gestiftet ist...“ (Artikel 51)?

Tradition von Thron und Altar?

Der Ansatz der gesamten Diskussion verdient Anerkennung: Es ging um den Umgang mit Homosexuellen - auch auf dem Hintergrund der Verfolgung im Dritten Reich. Ich habe aber den Eindruck, daß eine innerkirchliche Emanzipations- und Reformbewegung diesen Ansatz instrumentalisiert und damit für ihre Zwecke nutzbar gemacht hat. Dazu möchte ich zitieren, was Pfarrer Dr. Hans-Georg Wiedemann (Düsseldorf) im „Deutschen Pfarrerblatt“ im Juli 1996 geschrieben hat (in einem Leserbrief): „Es ist längst an der Zeit, daß sich besonders die evangelische Kirche von ihrer Ehe mit der Ehe trennt. Diese „Ehe“ hat es verhindert, daß die Kirche der Vielfalt der menschlichen Lebensformen überhaupt ansichtig wurde.“

In der evangelischen Kirche würden Ehe und Familie zum wesentlichen Verkündigungsinhalt hochstilisiert, gleichsam zum vierten Glaubensartikel gemacht. „Nur: mit Bibel und Theologie hat das überhaupt nichts zu tun, sondern ausschließlich mit der Tradition von Thron und Altar und auch heute noch von manchen Politikern erwarteten „Heiligung“ bestimmter gesellschaftlich-bürgerlicher Lebensformen durch die Kirche.“ Wiedemann ist auch der Meinung, daß aus der Bibel kein Votum zu gewinnen ist für die ausschließliche Geltung der Ehe als allein gottgefälliger sexueller Lebensform.



Der kürzlich verstorbene Präses Beier hat in seinem Vorwort ausdrücklich festgestellt, daß die **Landessynode keinen Feldzug gegen die Ehe** und die kirchliche Trauung geführt hätte. Jetzt gälte es, das Diskussionspapier „mit Sorgfalt und in Ruhe zu lesen“ - mit einem klaren Blick auf die seelsorgerliche Situation in den Gemeinden und im Geiste gegenseitiger Achtung in den Gemeindekreisen.

Die Kirchenleitung bittet eindringlich darum, „sich in den anstehenden Fragen gemeinsam unter die Heilige Schrift zu stellen und auf ihre Botschaft zu hören.“ Der Präses vertraut darauf, daß die Gemeinschaft am Evangelium nicht zerreißt, sondern sich festigt. Für mich ist die entscheidende Frage, was - nach den Vorgaben des „Diskussionspapieres“ - noch „evangelisch“ ist.

Ein Satz im „Diskussionspapier“ macht für mich die ganze Fragwürdigkeit deutlich: „Wenn wir heute die sexuelle Beziehungen Mann und Frau in Partnerschaft und Ehe bestimmen, müssen wir im Hören auf das Evangelium weit über das hinausgehen, was der Apostel in seiner Zeit zu sagen imstande war“ (Seite 49). Das zeigt mir die ganze **Problematik dieser innerkirchlichen Diskussion**: Diese evangelische Kirche erhebt noch den Anspruch „evangelisch“ zu sein, kann dieses aber nicht mehr vom Evangelium her definieren. Etwas anderes scheint wichtiger geworden zu sein: gesellschaftliche Verhältnisse - oder wie der Präses sagte: Die Situation in den Gemeinden. Also bestimmt das religiöse und soziale Interesse das Erkennen und Anerkennen, schafft von der Situation her Verbindlichkeit, kann diese aber auch wieder auflösen. ■

Anm.:
Wilhelm Drühe ist Pfarrer in Mettmann.

Was wir Melanchthon verdanken
Zum 500. Geburtstag des Reformators

Hans-Georg Pöhlmann

Der am 16. Februar 1497 im kurpfälzischen Bretten geborene Humanist Melanchthon war zunächst von dem Reformprogramm des Erasmus geprägt: „Zurück zu den Quellen“ der Antike und der Bibel. Er nahm, wie andere Humanisten seiner Zeit, für den Humanisten Reuchlin Partei, der sich gegen die Vernichtung der rabbinischen Literatur wandte, wie sie auf Betreiben der Kölner Dominikaner ein kaiserliches Mandat anordnete.

Aufgrund einer Empfehlung Reuchlins wurde er 1518 an die Universität Wittenberg auf den Lehrstuhl für Griechisch berufen, der meinte, er kenne keinen, der in Deutschland Melanchthon überlegen sei außer Erasmus. Dort wurde er für die Sache Luthers gewonnen.

Als ihn sein väterlicher Freund und Förderer Reuchlin später für die Universität Ingolstadt anwerben wollte, um ihn dem Einfluß Luthers zu entziehen, meinte Melanchthon: „Lieber will ich sterben, als mich von Martin Luther wegreißen lassen.“

„Nur Christus“

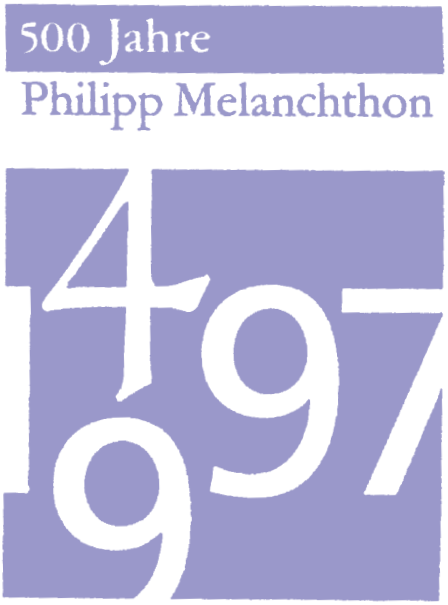
Doch Melanchthon ist nicht nur - wie oft angenommen wird - der Protokollant der Theologie Luthers. Er ging einen eigenen und oft anderen Weg bei der Erneuerung der Kirche von ihrem Ursprung her. Worin besteht der spezifische Beitrag Melanchthons zur Reformation? Er bringt die Lehre Luthers in ein System, in dem er durchaus eigene Akzente setzt. Das geschieht in seinen **„Loci Communes“** oder **„Grundbegriffen“ der Theologie** (1521), in denen er aus der Theologie Luthers ein Resümee zieht, aber auch im **„Augsburger Bekenntnis“** (1530) mit seinen Kurzformeln des Glaubens.

Melanchthon ist ein genialer Didaktiker. Seine Sätze sind einfach, ohne zu vereinfachen. Er versteht es, brennglasartig zusammenzufassen, worum es in der Reformation geht. Ein paar Beispiele hierfür aus den Loci Communes, wo wir lesen: „Die Geheimnisse der Gottheit sollten wir lieber anbeten, als sie zu erforschen (Einleitung 6), „Gott will nicht um irgendeines Vorteils willen geliebt werden, sondern umsonst. Denn wer den Vorteil liebt, liebt nicht Gott, sondern sich selbst“ (2,89), „Wer Christus hat, hat alles und kann alles“ (6,99).

Im Augsburger Bekenntnis heißt es kurz und bündig im Artikel 2, „daß wir umsonst um Christi willen durch den Glauben gerechtfertigt werden“. Der **Begriff Rechtfertigung** hat heute sicher nicht mehr den Funkelglanz des Neuen wie damals. Im Erdrutsch der Begriffe bedeutet der Begriff Rechtfertigung heute etwas vollkommen anderes als damals: die Beteuerung der Unschuld, nicht wie in der reformatorisch-paulinischen Theologie der Freispruch des Schuldigen im Gericht, weil der Richter sich selbst stellvertretend für den Angeklagten richten läßt.

Melanchthon betont immer wieder „Nur Christus“ kann mich befreien, ich kann mich nicht selbst befreien aus dem Schraubstock des Bösen - eine Botschaft, die heute so aktuell ist wie noch nie, wo der Selbsterlösungsglaube in Ost und West zusammengebrochen ist. Im Artikel 5 des Augsburger Bekenntnisses schreibt Melanchthon von dem Glauben an diesen einzigen Heilbringer. „Damit wir diesen Glauben erlangen, wurde der Dienst, das Evangelium zu predigen und die Sakramente darzureichen, eingerichtet“. Auch dieser knappe Satz markiert eine Revolution, vor allem das Wörtlein „damit“.

Das geistliche Amt ist kein Rang und Vorrang mehr, sondern ein „Dienst“. Das „damit“ zeigt. Es geht als Dienst ganz in seiner Funktion auf. Die Organisation erfüllt keinen Selbstzweck, sondern nur einen Fremdzweck, in dem sie aufgeht: das Evangelium zu verkünden und die Sakramente zu spenden. Erfüllt sie ihn nicht mehr, wird sie durch eine andere ersetzt. Wir sind in diesem Dienst nur Werkzeug. Wir geben, was wir nicht haben. (Bernanos) Dieser „funktionale Kirchenbegriff“ der Reformation hat heute in nichts an Aktualität eingebüßt und er ist ein Modell auch für unser staatliches Leben. Genug der Beispiele für Melanchthon, den **Systematiker der Reformation**.



Er war aber nicht nur der Vermittler der reformatorischen Lehre, sondern von seinem ausgleichenden Naturell her auch ein Vermittler zwischen den gegnerischen Fronten des Katholizismus, Luthertums und Clavinismus, die damals häufig nur durch polemische Mißverständnisse aufgerissen wurden. Er war seiner Zeit als Ökumeniker voraus, der schon damals verzweifelt für die Einheit der Kirche kämpfte.

Ein weiteres Spezifikum seines Wirkens ist sein pädagogisches Engagement als Vater des humanistischen Gymnasiums und Organisator des Schulwesens, als Verfasser einer weitverbreiteten griechischen wie lateinischen Grammatik und als Vorkämpfer einer lebensnahen Schulbildung.

Aber nicht nur der Pädagoge, sondern auch der Philosoph Melanchthon leistete einen spezifischen Beitrag zu geschichtlicher Entwicklung, was wir weithin vergessen haben.

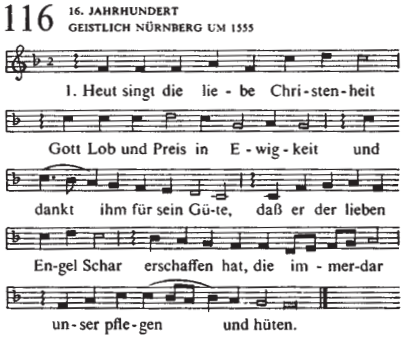
Schon Dilthey wußte, wie stark Melanchthon auf die Aufklärung eingewirkt hat. Mit seinem Naturrechtssystem gab er Herbert von Cherbury, Loche und Descartes entscheidende Anstöße. Als Mann mit europäischer Wirkung war das möglich.

Melanchthon vertrat schon in seinen Loci Communes von 1521 eine Naturrechtslehre, in der er für Naturrechte, Urrechte aller Menschen und Menschenrechte eintrat. In diesem Konzept finden wir auch den progressiven Satz: " Die Güter sollen um des öffentlichen Friedens willen geteilt werden" (3,37). In den Loci Communes stoßen wir auch wiederholt auf den Begriff „Gewissensfreiheit" (3,174; 7,53), den die Reformation auf ihre Fahne geschrieben hat, nicht erst die Aufklärung.

Kupferstich von ALBRECHT DÜRER, 1526

„Gewissensfreiheit"

Melanchthon hat diesen Begriff vermutlich von dem antiken Philosophen Boethius übernommen. Er macht ihn zum Programmpunkt und Zielwert der Reformation, die den „großen Bann" und die Tötung religiös Andersdenkender ausdrücklich verwarf.



Es ist sicher traurig, daß man dann doch in gewissen Ausnahmefällen von diesem Prinzip abwich.

Jeder Mensch hat nach Melanchthon von Natur ein unveräußerliches Recht auf die Freiheit seines Gewissens und keiner hat das Recht, den anderen zu verknechten (Loci 3,8f; 3,173f; 10, 12 u. 14).

Die Reformation war ja auch durch ihre Wiederentdeckung des Allgemeinen Priestertums aller Gläubigen und durch ihr Konzept von der Kirche als herrschaftsfreie Gemeinde der Gleichen, die nur „einen Herrn" kennt (Augsburger Bekenntnis Art. 7)., Wegbereiter der Aufklärung.

Wichtig war Melanchthon freilich, daß die wahre Gewissensfreiheit darin besteht, daß unser Gewissen befreit wird von Schuld (7,53) in der Rechtfertigung des Sünders durch Christus. Daß die äußere Freiheit keine echte Freiheit ist ohne diese innere Freiheit, hat unsere Gesellschaft vergessen.

Die politische Freiheit wurzelt in der religiösen Freiheit, die gesellschaftliche Freiheit in der Freiheit von Sünde. Es war verhängnisvoll, daß man diese beiden Freiheiten sowohl in der Christentumsgeschichte, als auch in unserer säkularen Gesellschaft voneinander losgelöst hat, hier eine innere Freiheit ohne äußere Freiheit.

Melanchthon verweist in seiner Lehre von der Gewissensfreiheit auf das Pauluswort 1. Kor.7,23, in dem beide Freiheiten untrennbar miteinander verbunden sind: „Ihr seid teuer erkauft, werdet nicht Sklaven von Menschen" (Loci 3,174). Nur die Tatsache, daß Christus unser einziger Herr ist, macht uns frei von allen anderen Herren.

Universalgelehrter

Wir könnten noch manch anderes von Melanchthon lernen, der gleichzeitig über Homer und über den Titusbrief Vorlesungen halten konnte und einer der letzten großen Universalgelehrten war. Unser Prüfungswesen, aber auch unser Wissenschaftsbetrieb leidet unter einer fortschreitenden Spezialisierung, die über immer weniger immer mehr weiß und darüber das Ganze aus dem Auge verliert.

Schon Gottfried Benn amüsierte sich über einen Medizinprofessor, der sich sein Leben lang nur mit den Nasennebenhöhlen beschäftigte. Diese Spezialistenmonomanie, die Wissen in immer kleineren Schachteln unterbringt und bei der die eine Schachtel nichts weiß, was in der anderen ist, ist vor allem für die Geisteswissenschaften eine große Gefahr.

Durch diese fußnotengespickte Fachidiotie bringt sich die Wissenschaft um ihren Sinn. Der Generalist Melanchthon könnte uns warnen vor so einer absurden Verschachtelung der Wissenschaft. ■

Literaturhinweis:

Kirchenamt der Vereinigten Ev. Luth. Kirche (Hrsg.):
Philipp Melanchthon, Loci Communes 1521. Lateinisch - Deutsch. Übersetzt und kommentiert von Horst Georg Pöhlmann. 2. Auflage 1997, 394 Seiten

Anm.:
Prof. Dr. habil. Horst G. Pöhlmann ist Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie an der Universität Osnabrück.

„Glaube, der sich im Dienst bewährt“

Bischof D.Dr. Hermann Kunst D.D. wird 90 Jahre alt

Gerhard Schäfer

Am 21. Januar 1997 feierte der langjährige ranghöchste Repräsentant der Evangelischen Kirche im politischen Bonn, Bischof D.Dr. Hermann Kunst D.D., seinen 90. Geburtstag. Grund genug, das vielfältige Wirken des angehenden Jubilars einmal in Erinnerung zu rufen und zu würdigen.

Als die Evangelische Kirche in Deutschland nach ihrer Neubegründung 1945 zunehmend ihre organisatorische Gestalt gewann, tauchten Aufgaben auf, die völlig neu konzipiert werden mußten.

Eine von ihnen war die Frage, wie die Kirche künftig das Gespräch mit dem demokratischen Staat suchen sollte. Knackpunkt war dabei angesichts der Erfahrungen des Kaiserreichs und der Nazizeit, eine Konzeption zu schaffen, die einerseits vertrauensvolle Aufgeschlossenheit gegenüber der neuen Staatsform und andererseits Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Kirche und des gemäß des Grundgesetzes weltanschaulich neutralen Staates verbinden konnte. Das ganze Unternehmen war ein Wagnis, ein Experiment, dem auch das Scheitern als mögliches Ergebnis drohte.

Es war ein Glücksfall, daß der Kirche eine Persönlichkeit zur Verfügung stand, die die wesentlichsten Voraussetzungen für die Bewältigung einer solchen Aufgabe mitbrachte: **Hermann Kunst**. Er hatte bereits früh eine Eignung zu leitenden Ämtern erkennen lassen. Bereits mit 32 Jahren war der Pastor an der ev.-luth. Mariengemeinde zu Herford zum Superintendenten des Kirchenkreises Herford gewählt worden. 1941, nur zwei Jahre später, wurde er als Vertrauensmann der Bekennenden Kirche mit der Vertretung von Präses Koch in der Leitung der Kirche von Westfalen betraut. Nach Kriegsende war er Leiter des Landeskirchenamtes von Westfalen.

Aber auch die persönlichen Voraussetzungen für ein solch schwieriges Amt auf politischem und diplomatischen Parkett wurden von ihm in idealer Weise erfüllt. Sein Sachverstand, seine natürliche Freundlichkeit, seine Aufgeschlossenheit für Menschen, seine Ausstrahlung und seine Fähigkeit zu Kontakten auch über prinzipielle Grenzen hinweg bei gleichzeitiger Klarheit und Eindeutigkeit in der Sache waren eine spürbare Hilfe in der Wahrnehmung einer solchen Aufgabe.

Als Kunst am 1. Januar 1950 das neue Amt antrat, führte er die Dienstbezeichnung „Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung“. Sehr schnell gewann er sicheren Boden unter den Füßen und erwarb sich Achtung und Vertrauen bei so unterschiedlichen Gesprächspartnern wie den Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Georg Kiesinger, Willy Brand und Helmut Schmidt, aber auch Politikern wie Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Rainer Barzel, Karl Carstens oder dem Abgeordneten der KPD im 1. Deutschen Bundestag, Ernst Renner (mit dessen Kontakten er in den 50er Jahren in der DDR inhaftierte politische Gefangene freikaufte und mit ihren Familien zusammenführte).

Dennoch verstand sich Hermann Kunst selbst nie als Politiker oder Diplomat. Er blieb immer das, was er von seiner Profession her eigentlich war: Pastor und Seelsorger. Er ließ sich in der Ausübung seines Amtes von keiner Partei vereinnahmen, verletzte und benachteiligte aber auch keinen gegenüber dem anderen, sondern vertrat gegenüber allen politischen Parteien unvoreingenommen Anspruch und Zuspruch des Wortes Gottes im Sinne der Heiligen Schrift.

Vieles hat Kunst initiiert: 1949 - als die Lage der Vertriebenen in Westfalen durch den hohen Zustrom immer elender wurde - gründete er die Vertriebenenstadt Espelkamp; bis heute eine gesunde, blühende Siedlung mit etwa 24.000 Einwohnern. Im gleichen Jahr entstand die Evangelische Sozialakademie in Friedewald, von Kunst gedacht als Ausbildungsstätte für die sozialen und diakonischen Kräfte in der evangelischen Kirche. Kunst wußte um Bedeutung der textkritischen Forschung in einer Kirche, die auf der Bibel als dem Wort Gottes basiert; so regte er 1959 die Gründung des Instituts für neutestamentliche Textforschung in Münster an, die er durch die Gründung einer Stiftung materiell absicherte.

Als jahrelanger Vorsitzender der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst erreichte er eine enge Kooperation - auch finanziell - mit der staatlichen Entwicklungshilfe, ohne daß diese die kirchliche dominierte oder ihr Auflagen machte, und führte diese damit aus der Begrenztheit von Kollekten und Spendengeldern heraus. Aber auch die Ökumene lag und liegt ihm am Herzen: So leitete er lange Zeit einen ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen und sorgte auch für die Wiederbele-

Bischof Kunst im Gespräch mit Bundespräsident Herzog

bung der Beziehungen zwischen der evangelischen und der griechisch-orthodoxen Kirche. Die EKD-Denkschriften hat er ebenfalls mit angeregt und getragen als gemeingesellschaftliche Möglichkeit ethischer Willensbildung, beim „Ev. Staatslexikon", inzwischen ein Standard-Nachschlagewerk im Bereich der Sozialethik, ist er bis heute unverändert Mitherausgeber.

1956 wurde Hermann Kunst über seine zahlreichen Aufgaben und Ämter hinaus erster Evangelischer Militärbischof im Nebenamt. Von der politischen Notwendigkeit einer Armee an der Nahtstelle zweier Machtblöcke in Mitteleuropa überzeugt, war er sich dennoch auch der ethischen Fragen und Probleme völlig bewußt. So führte er die Gewissensberatung für Generäle, Offiziere und Soldaten ein. Zugleich - getrieben von der Sorge um die geradezu apokalyptischen Gefahren der Atombewaffnung - schuf er als erster eine ökumenisch zusammengesetzte wissenschaftliche Kommission aus Theologen, Philosophen und Juristen, die sich mit den ethischen Fragen von Krieg und Frieden im Atomzeitalter beschäftigte. Ertrag war 1959 das Buch „Atomzeitalter, Krieg und Frieden" (hg. v. Günter Howe) mit elf Thesen von C.F. von Weizsäcker, seinerzeit das erste umfassende ethisch-wissenschaftliche Werk zu dieser Frage.

Bis ins hohe Alter hinein ist Bischof Hermann Kunst geistig (und geistlich) lebendig und aufgeschlossen geblieben. Dabei zeigt er nach wie vor als treues Glied unserer Kreuzkirchengemeinde, wo seine Wurzeln liegen: Im Hören der Botschaft des Evangeliums und in der Feier des Heiligen Abendmahls. Jeden Sonntagmorgen findet man ihn im Gottesdienst seiner Kirchengemeinde der Kreuzkirche am Kaiserplatz.

Er hat in entscheidenden Jahren an maßgeblicher Stelle gestanden und mit solidem und realitätsgebundenem Sinn die Aufgaben des Christen in der modernen Welt wahrgenommen. ■

Anm.:
Gerhard Schäfer ist Pfarrer an der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde in Bonn.

Bücher

Helmut Kohl:
Ich wollte Deutschlands Einheit.
Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Propyläen-Verlag, Berlin 1996, 488 Seiten.

... In der Schilderung der langen Gespräche mit Gorbatschow, Bush, Mitterand und Margaret Thatcher und anderen und der Wiedergabe seiner Empfindungen in diesen Jahren liegt der eigentliche Schatz dieses Buches. Geschichte läßt sich auf beeindruckende Weise in ihrem Entstehen beobachten und allen, auch den subjektiven Faktoren, die sie gestalten. Und so wird diese Schilderung der Einheit zu einem einzigartigen persönlichen Geschichtsbuch Helmut Kohls, zu einer unausweichlichen Lektüre für jeden Deutschen, der sich über die Einheit freut.

In langen Gesprächen mit den Journalisten Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth hat Helmut Kohl die Ereignisse Revue passieren lassen und ließ sie einschlägig dokumentieren. Die Anlage des Buches deutet darauf hin, daß Helmut Kohl wohl keine Autobiographie mehr schreiben wird - zu persönlich und zu umfangreich fällt bereits dieser Bericht zu seinem wohl wichtigsten politischen Handlungsabschnitt aus. Und die so besonders persönliche Schilderung rechtfertigt es auch, daß Kohl über manche Differenzen über den einzuschlagenden Weg innerhalb der eigenen Regierung mit harmonisierender Rücksichtnahme hinweggeht.
aus: Rheinischer Merkur ■

Leserbrief

Betr. EV 11/96
Buß- und Bettag und kein Ende

Es hat eine Zeit gegeben, da war Buß- und Bettag ein Feiertag. Die Gottesdienste in jener Zeit waren genau zu diesem Feiertag streckenweise so schlecht besucht, daß es vorkam, daß die Bußpredigt ohne großes „Wenn und Aber" auf den nachfolgenden Sonntag verlegt wurde. Dieser Feiertag entbehrt jeglichen biblischen Ursprungs.

Die Obrigkeit hat ihn gegeben und die Obrigkeit hat ihn genommen. Nur hat es in den vergangenen Jahrzehnten bei solchen obrigkeitlichen Entscheidungen Reaktionen wie in der Gegenwart und bei uns nicht gegeben. Soll das heißen, daß die Menschen vergangener Jahre weniger Bedürfnis an Reue und Buße hatten und weniger Mut zum Aufbegehren, ganz im Gegensatz zu den Menschen der Gegenwart und in diesem Lande? Kaum!

Wollen wir Christen nur an einem Tag im Jahr Buße tun? Dr. Martin Luther schreibt: ...durch tägliche Reue und Buße... „Warum muß diesem täglichen Vorgang unbedingt ein Feiertag gewidmet werden? Warum auf einmal soviel Sehnsucht nach Reue und Buße? Wenn schon ein Feiertag, dann würde sich das Reformationsfest doch viel besser dazu eignen. Das wäre ein Tag, der von einem historischen Datum bestimmt wird… ■

Wilhelm Edel • Nieder-Mörler-Straße 3
61231 Bad Nauheim

Neuer Vorsitzender des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens"

Bonn. Der CDU-Abgeordnete **Hermann Gröhe** wurde jetzt zu einem der beiden Bundesvorsitzenden des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens" gewählt. Er tritt damit in der Leitung dieses überparteilichen Arbeitskreises von Christen zur Förderung von Frieden in Freiheit an die Stelle des ehemaligen Staatsministers Friedrich Vogel und an die Seite des bekannten evangelischen Sozialethikers Prof. Dr. Günter Brakelmann, der ebenfalls Bundesvorsitzender des Arbeitskreises ist. Hermann Gröhe, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, betonte, daß es „gerade in einer Zeit, in der sich die Bundeswehr neuen Aufgaben der Friedenssicherung etwa in Bosnien-Herzegowina stellt, entscheidend ist, daß wir die Diskussion um die ethischen und politischen Grundlagen derartiger Einsätze engagiert führen".

EAK Sachsen - 1. Klausur

Meißen. Auf Anregung und durch Initiative von **Dr. Michael Feist**, Mitglied des Landesvorstandes des EAK Sachsen, fand die 1. Klausurtagung in der Evangelischen Akademie Meißen statt. 40 engagierte Christen aus den verschiedenen sächsischen Regionalverbänden trafen sich zu Vorträgen und Beratungen zum Grundsatzthema „Kirche und Politik – politisches Handeln aus gelebtem Glauben".

Nach Begrüßung und Einführung durch den Landesvorsitzenden Staatsminister **Dr. Hans Geisler** bestritten der CDU-Landesvorsitzende **Dr. Fritz Hähle** und der Beauftragte der Evangelischen Landeskirche für die Sächsische Staatsregierung, Oberkirchenrat **Jürgen Bergmann** den Abend mit ihren Referaten „Der Evangelische Arbeitskreis zwischen Kirche und Politik".

Dr. Hähle erhofft von den Kirchen wirksame Beiträge in den Diskussionen zur Wirtschaftsethik und zur Weltgebundenheit des Staates, der „von irdischer und nicht von himmlischer Natur ist" und der durch ein zu hohes Anspruchsdenken derzeit laufend überfordert wird. OKR Bergmann vermißt allgemein den intensiven Dialog zwischen Kirche und Politik, ermunterte zum Dialog vor Ort und zu geduldigem Zuhören.

Den thematischen Höhepunkt der Klausur bildete der Vortrag von Pfarrer **Dr. K.-H. Michel**, Gnadenthal, über „politisches Handeln aus gelebtem Glauben". ■

Landesbeauftragten für Scientology!

Marburg. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Marburg-Biedenkopf und die Junge Union in Wetter forderten bei einer gemeinsamen Informationsveranstaltung in Wetter von der Hessischen Landesregierung die Berufung eines Landesbeauftragten für die Scientology-Organisation. Als Referent der Veranstaltung hatte **Hans-Jürgen Irmer**, Wetzlar, auf die Gefahren hingewiesen, die von dieser fälschlich als „Sekte" bezeichneten Organisation ausgehen. In Wirklichkeit handle es sich bei ihr um eine als „Kirche" getarnte totalitäre Organisation, deren Ziele und Absichten verfassungsfeindlich seien. Deshalb sei es auch richtig, daß sich - wie bereits in einigen Bundesländern - der Verfassungsschutz damit befasse. Ebenso notwendig sei eine umfassende Aufklärung über Scientology und ihre Tarnorganisationen. Im Hessischen Landtag sei schon vor längerer Zeit die Einsetzung eines Beauftragten gefordert worden, der aber bisher noch nicht von der Landesregierung benannt worden ist. ■

Chancen der Gentechnik

Bonn. Unter der Überschrift „Besser leben im Zeitalter der Gentechnologie?" stand das EAK-Diskussionsforum am 9.12.96 in Bonn.

In seiner Eröffnungsrede sagte Bundesminister **Jochen Borchert** u.a.: „Wenn wir den weltweiten Wettlauf zwischen Pflug und Klapperstorch gewinnen wollen, müssen wir auf den heute genutzten Agrarflächen mehr Nahrungsgüter produzieren. Ich halte es daher für ein Gebot christlicher Verantwortung, die Chancen der Gentechnologie nicht nur zu erforschen, sondern diese Technologie auch anzuwenden, wo die Risiken beherrschbar sind." ■

Der Weg der Gerechtigkeit

Kassel. Mit Blick auf den Kirchentag 1997 in Leipzig diskutierten auf einer Veranstaltung des EAK Hessen und der EAK Kreisverbände Kassel-Stadt und Kassel-Land die Landesvorsitzende des EAK, **Karin Wolff** MdL, und **Andreas Storm** MdB, mit dem Propst des Sprengels Kassel, **Dr. Gerhard Wehmeier**, und dem Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Kassel, Landespfarrer **Martin Slenczka**, im Haus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck über das Thema „Der Weg der Gerechtigkeit" unter der Moderation des Journalisten **Dirk Schwarze**, Hessische-Niedersächsische Allgemeine. ■

Landesdelegiertenversammlung des EAK der CDU-Rheinland-Pfalz:

mit Neuwahlen

Freitag, 28. Februar 1997, 16.00 Uhr
CDU-Landesgeschäftsstelle,
Rheinallee 1 a-d,
55116 Mainz

Information und Anmeldung bitte bei
Ulrich Oelschläger, Telefon: 06241/37248

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Verlag:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,– DM · **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei
Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Offener Brief

Die Thüringer Ministerin für Bundesangelegenheiten, **Christine Lieberknecht**, *die auch stv. EAK-Bundesvorsitzende ist, hat an zwei Theologen, die zu den Unterzeichnern der Erfurter Erklärung gehören, folgenden offenen Brief geschrieben. Die Empfänger sind Probst i. R. Dr. Dr. Heino Falcke und Friedrich Schorlemmer:*

„Mit Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie als namhafter Wegbereiter der Demokratie in der DDR aus dem kirchlichen Raum die „Erfurter Erklärung" unterschrieben haben. Die Autoren der Erklärung stützen ihre politischen Hoffnungen auf ein politisches Bündnis, das die Nachlaßverwalter des gescheiterten DDR-Sozialismus einschließt, gegen den Sie verdienstvoll in vorderster Linie gekämpft haben. Und ausgerechnet Sie wollen jetzt einem solchen Bündnis den Weg ebnen!?

Diese Erklärung polarisiert, polimisiert und verletzt. Sie trägt in keiner Weise dazu bei, die großen Probleme zu lösen, vor denen unser Wirtschafts- und Sozialsystem steht. Sie ist darauf angelegt, die dringend gebotene Suche nach einem neuen Konsens in unserem Gemeinwesen zu torpedieren. Ich respektiere Ihre Sorge - aber ich bedauere, daß Sie an dieser Erklärung mitgewirkt haben.

Ich nehme Ihnen nicht übel, daß Sie die bestehenden Schwierigkeiten nach Art eines Horrorgemäldes grotesk überzeichnen. Diese Wahrnehmung sei Ihnen unbenommen, auch wenn ich sie nicht teile. Ich möchte mich auch nicht damit aufhalten, daß Sie eine andere Regierung im Bund haben wollen. Dafür zu kämpfen, ist das Lebenselixier der Demokratie. Über die unterbreiteten Reformvorschläge und inhaltlichen Ziele kann man streiten, obgleich ich davon überzeugt bin, daß damit auf Kosten der Bürger lediglich ein teurer Umweg eingeschlagen würde. Niemand hat eine Patentlösung.

Empörend und persönlich verletzend empfinde ich aber, daß Sie meiner Partei und ihrem Koalitionspartner im Bund den Willen absprechen, die soziale Verantwortung für dieses Volk und die sozialen Sicherungssysteme zu übernehmen. Die Behauptung, die immerhin auf eine demokratisch gewählte Mehrheit gestützte Regierung betrachte das Volk als Gegner und führe einen „kalten Krieg gegen den Sozialstaat", ist unglaublich. Es muß uns gemeinsam gelingen, die sozialen Sicherungssysteme auf zukunftfähige Fundamente zu stellen. Sie aber brechen Brücken ab und zerstören die Gesprächsgrundlage.

Ihr politisches Kurzzeitgedächtnis erstaunt mich. Wer den deutschen Vereinigungsprozeß unkommentiert als Enteignung erworbener Rechte - es fragt sich welcher? - und zerstörter Hoffnungen skizziert, der muß sich fragen lassen, ob er noch weiß, wo wir hergekommen sind. Sie können es doch nicht schon vergessen haben!

Wer den Geist von 1989 beschwört, um eine demokratisch ins Amt gekommene Regierung abzuwählen, der verniedlicht die DDR und verunglimpft die freiheitlich demokratische Grundordnung. 1989 ging es um eine völlig andere Dimension: um Freiheit und Menschenrechte oder Diktatur. Ich frage Sie: Was hat das mit den Bundestagswahlen 1998 zu tun?

Nur am Rande bemerkt: Die friedliche Revolution hatte für die große Mehrheit der Menschen in der DDR auch nichts mit den marxistisch beeinflußten Visionen westdeutscher „68er" zu tun. In diese Richtung drängte es allenfalls jene Kreise, die im November 1989 den Aufruf für unser Land veröffentlicht haben und die DDR als sozialistisches Experimentierfeld erhalten wollten. Sie begegnen uns zum Teil als Unterzeichner der „Erfurter Erklärung" wieder. Und was 1968 angeht: Für mich ist das immer noch das Jahr, in dem Tschechen und Slowaken für die Freiheit gekämpft und versucht haben, den Kommunismus abzuschütteln.

Wer die CDU der DDR zu einer „SED-Schwesterpartei" erklärt und damit ein Element der Freiwilligkeit suggeriert, stellt die Dinge auf den Kopf. Sie wissen so gut wie ich, daß zahllose Menschen seinerzeit der CDU beigetreten sind, um von der SED verschont zu bleiben und auch im außerkirchlichen Leben Christen sein zu können.

Mit einer bisher nicht einmal von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen an den Tag gelegten Skrupellosigkeit werfen Sie sich statt dessen den Nachlaßverwaltern der überwundenen Diktatur in die Arme, um einen Regierungswechsel herbeizuführen - koste es was es wolle. Lohnt sich dieser Preis? Wollen Sie ernsthaft daran mitwirken?"

Unsere Autoren:

Dr. Reinhard Göhner
Gustav-Heinemann-Ufer 72
50968 Köln

Dr. Traugott Jänichen
Universitätsstr. 150
44801 Bochum

Dieter Hackler
Rochusstr. 8-10
53123 Bonn

Pfarrer Wilhelm Drühe
Postfach 100543
40805 Mettmann

Prof. Dr. Horst Pöhlmann
Schöneberger Str. 6 a
49134 Wallenhorst

Pfarrer Gerhard Schäfer
Wittelsbacherring 18
53115 Bonn